



Nr. 207. Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw. 96. Jahrgang. Dienstag, den 6. September 1921.

Rundgebung der Zentrumsparlei Berlin.
Der Reichskanzler für die Republik.

Berlin, 5. Sept. In der gestrigen von vielen Tausenden besuchten Rundgebung der Zentrumsparlei Berlin in der Stadthalle anlässlich der Ermordung Erzbergers hielt Reichskanzler Dr. Wirth eine Rede, in der er unter anderem sagte: Heute, 7 Jahre nach Serajewo, ist wieder eine furchtbare Mordtat von geschichtlicher Bedeutung geschehen. Sollen wir wieder, wie nach dem Schuß von Serajewo außenpolitisch, heute innenpolitisch, in den Strudel hineingezogen werden? Nein, wir wollen die Republik mit allen Kräften schützen. Die den Gedanken des Mordes verherrlichen, finden sich der geschlossenen Front des Volkes gegenüber. Womit verteidigen wir Oberösterreich? Mit dem Gedanken des Reichs und der Selbstbestimmung der Völker, mit dem großen Gedanken der demokratischen Freiheit, den wir für unsere oberösterreichischen Brüder geltend machen in der ganzen Welt. Heute, wo wir mit dem Gedanken der demokratischen Selbstbestimmung einfluß auf das Weltgeschehen zu gewinnen anfangen, da erheben sich in Deutschland reaktionäre Kräfte, die gerade diese Demokratie vernichten wollen. Wer sein Land liebt, der folge der Fahne der deutschen Republik. Haben sich die republikanischen französischen, amerikanischen Truppen nicht tapfer geschlagen und ist das Gebeihen und die Größe der Nation, die sich selbst republikanisch regiert, nicht der Bestätigung der Jugend wert? Wir brauchen ein Gesetz und ich werde mich dafür einsetzen, damit es bald kommt, damit die Ehre der Mitmenschen und desjenigen, der im politischen Leben steht, genau so gewahrt wird wie in anderen Ländern, beispielsweise in England. Ich erinnere nur an die Hehe gegen einen Mann wie Walter Rathenau, der seinem Vaterland die größten Dienste geleistet und die schwersten persönlichen Opfer gebracht hat. Und nur diese elende antikemikalische Hehe gegen ihn! Allen denen müssen wir danken, die aufrichtig und gerecht nach allen Seiten hin den Kampf zur Abwehr der ungeheuren Vergriffung des deutschen Volkes im ganzen Vaterland aufgenommen haben. Der Kanzler erinnerte an die Prozesse gegen Erzberger. Der Meineidsprozeß sei erledigt, der Steuerprozeß noch im Gange. Sein Ergebnis könne ruhig abgewartet werden. Der größte Teil des deutschen Volkes ist guten Willens, den Haß zum Abbau zu bringen, der unser armes Vaterland umgibt. Uns leitet der große Gedanke des Rechtes. Solange ich Reichskanzler bin, werde ich diesen Weg gehen. Ich werde alle Extreme abwehren mit allen Mitteln unserer staatlichen Macht, über die wir noch verfügen. Wer an die Gewalt appelliert, der verläßt das neue, das friedliche demokratische Deutschland. (Stürmischer Beifall.) Nur nicht verzagen! Unter neuer Volksmacht wird nicht erwürgt durch die Drachensaat dunkler Mächte. Er wird sich durchsetzen und die Großmacht des Friedens werden. Unsere Ehre ist es, dem deutschen Volkstaate zu dienen mit Händen und Herzen, um der Freiheit willen. (Ausholler Beifall.)

Zur innerpolitischen Lage.
Eine Rundgebung des Reichspräsidenten für die Reichswehrmacht.

Berlin, 5. Sept. Der Reichspräsident hat eine Rundgebung für die Wehrmacht des Reiches erlassen, in der es heißt: Die politische Erregung der letzten Zeit hat bedauerlicherweise dazu geführt, daß in verschiedenen Fällen Angehörige der Wehrmacht in den Straßen ohne jeden Grund angegriffen, beleidigt und sogar mißhandelt worden sind. Derartige bedauerliche Ausschreitungen finden nur dadurch ihre Erklärung, daß die Uniform in den politischen Streit der Parteien hineingezogen wurde. Durch Verordnung des Reichspräsidenten ist für die Zukunft jeder Mißbrauch der Uniform verhindert. Die Regierung muß daher von allen Kreisen des Volkes und allen Parteien verlangen, sie in ihrem Bestreben, der Wehrmacht des Reiches die gebotene Achtung und Geltung zu sichern, zu unterstützen. Die Autorität des Staates macht es der Reichsregierung zur Pflicht, Ausschreitungen gegen die Wehrmacht des Reiches und Angriffe gegen ihre Angehörigen mit den ihr zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln zu begegnen.

Begegnungen des Reichskabinetts.

Berlin, 6. Sept. In der gestrigen Sitzung des Reichskabinetts wurde ein vorläufiger Bericht des Wiederaufbauministers über die Verhandlungen zwischen Douchet und Rathenau in Wiesbaden erörtert. — Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ mitteilt, können gemäß der mit der französischen Regierung getroffenen Vereinbarung Mitteilungen über den Inhalt des Abkommens noch nicht gemacht werden. — Im Anschluß an die Eröffnung der Beamtengehälter wurde das Kabinett den vom Reichsarbeitsminister vorgelegten Grundrissen zur Aufbesserung der Kriegshinterbliebenenrenten usw.

Erste Auffassung der Lage durch die bayerische Regierung?

Berlin, 6. Sept. In einer mehrstündigen Sitzung bereit, wie die Blätter aus München melden, der bayerische Ministerrat gestern nachmittag die politische Lage. Endgültige Beschlüsse wurden nicht gefaßt, da man zunächst die Ansichten der Koalitionssführer erwarren will, die heute mittag zu einer gemeinsamen Sitzung zusammenzutreten. Die Münchner Regierungstreife sehen die Lage als äußerst ernst an.

Die bayerische Arbeiterschaft hinter der Reichsregierung.

München, 5. Sept. Hier haben Besprechungen von bayerischen Gewerkschaftsvertretern stattgefunden, an denen auch der Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes beteiligt war. Gegenstand war der gegenwärtige Konflikt zwischen Bayern und dem Reich. — In einer hier abgehaltenen Konferenz der sozialdemokratischen Führer und anderer Parteien Bayerns, an der auch Hermann Müller und Otto Wels teilnahmen, kam zum Ausdruck, daß die bayerische Arbeiterschaft geschlossen hinter der Reichsregierung stehe und bereit sei, die Regierung Wirth mit allen Mitteln zu schützen. Die bayerische Arbeiterschaft sei entschlossen, die Aufhebung des Belagerungszustandes durchzusetzen.

Das „Miesbacher Tagblatt“.

Berlin, 6. Sept. In Miesbach erscheint heute, wie der „Berliner Lokalanzeiger“ berichtet, die Nummer 1 des Jahrganges 1 des „Miesbacher Tagblatts“. Das Blatt hat das Format und die Aufmachung des „Miesbacher Anzeigers“, der sein Erscheinen eingestellt hat und verkauft worden ist.

Die deutsche Volkspartei und die Reichsregierung.

Berlin, 6. Sept. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei trat gestern mit dem Vorstand der preussischen Landtagsfraktion zu einer außerordentlich stark besuchten Sitzung in Berlin zusammen. Nach einem eingehenden Bericht Dr. Stresemanns über die politischen Vorgänge der letzten Zeit folgte eine ausgedehnte Debatte, in der die Anwesenden einmütig die von dem Fraktionsvorsitzenden gegenüber dem Reichspräsidenten und dem Reichskanzler abgegebenen Erklärungen und die Notwendigkeit des Schutzes der Verfassung gegen jeden gewaltsamen Angriff, sowie über die Notwendigkeit einer gleichmäßigen Anwendung der erlassenen Ausnahmebestimmungen auch gegen die radikale Linke billigten.

Die Christlichen Gewerkschaften für die Maßnahmen der Regierung.

Berlin, 6. Sept. Wie der „Deutsche“ erzählt, haben die Vertrauensleute der christlichen Gewerkschaften Berlin eine Entschlieung gefaßt, die mit Entschiedenheit den politischen Mordverbrechen verurteilt, die Maßnahmen der Regierung gutheißt, und ihre rückichtslose Anwendung nach allen Seiten fordert. Jede persönliche Verunglimpfung müsse bei der Austragung politischer und sozialer Gegensätze unterbleiben, jede Gewalttat bekämpft werden. Die Anerkennung der Verfassung, der Verzicht auf jede gewaltsame Veränderung der Verfassung und die Sicherung der sozialen Errungenschaften der letzten Jahre müßten Gemeingut aller christlich organisierten Arbeiter sein.

Das neue Schutzgesetz.

Berlin, 6. Sept. Wie das „Berliner Tageblatt“ aus parlamentarischen Kreisen erzählt, sind bereits Vorarbeiten im Gange zur Schaffung einer Novelle zum Strafgesetzbuch, die sich mit dem Schutz der persönlichen Ehre parlamentarischer und politischer Tätigkeit beschäftigen wird.

Eine Eingabe des württ. Offizierbundes betr. das Verbot des Tragens von Uniformen.

(Stuttg.) Stuttgart, 5. Sept. Der Württembergische Offizierbund hat an die württembergische Staatsregierung eine Eingabe gerichtet, in der er ersucht, bei der Reichsregierung vorstellig zu werden gegen das Verbot an die früheren Offiziere, Uniform zu tragen ohne besondere Erlaubnis. Die früheren württembergischen Offiziere hätten diese Berechtigung von ihrem einstigen König und Kriegsherrn oder von der Staatsregierung erhalten. Sie bestche auch jetzt noch zu Recht. Die Offiziere hätten damit niemals Mißbrauch getrieben. Wenn Uniform getragen worden sei, so geschah es bei Erinnerungsfeiern der alten württembergischen Truppenteile und bei Gelegenheiten der Ehrung der Gefallenen. Nie sei dabei ein Wort gesprochen worden, das den öffentlichen Frieden gefährden könnte. Eine Provokation der Demonstration sei nie erfolgt. Die alten Soldaten hätten stets zum Ausdruck gebracht, an dem Wiedererstarken von Heimat und Reich mitzuwirken. Nie sei etwas gegen Regierung oder Verfassung gesagt worden. Die Eingabe erinnert dann daran, wie viele ehemalige Offiziere sich für die

Unterstützung der Staatsautorität und Ordnung eingesetzt hätten und erhebt Einspruch gegen das Uniformverbot, das als ungerechtfertigte Kränkung angesehen werden müsse.

Unruhen und Rundgebungen.

Koburg, 5. Sept. Die sozialdemokratischen Betriebsräte beschloßen, von einem Generalfreik als Antwort auf die blutigen Vorgänge am Sonntag abzusehen. Der bei der Schießerei verwundete Händler Steinmeyer ist heute nacht seinen Verletzungen erlegen.

Koburg, 5. Sept. Die Zahl der bei den Unruhen verletzten Personen wird jetzt auf 20 angegeben. Der Magistrat der Stadt Koburg gibt bekannt, das Angebot der Landespolizei sei ohne den Willen des Oberbürgermeisters erfolgt. Zur Erörterung der Angelegenheit wird der Große Gemeinderat einberufen. Die Vorstände der sozialistischen Parteien verlangen in einer Eingabe an das Reichsministerium des Innern die Abberufung des Staatskommissars Freisch u. sofortige Entfernung der Hundertschaft der Landespolizei.

Chemnitz, 3. Sept. Nach dem Polizeibericht kam es hier gestern abend zu Unruhen, denen ein Menschenleben zum Opfer fiel. Um Feste aus Anlaß des Sedanfestes zu verhindern, zog ein großer Trupp von Demonstranten vor die Lokale, in denen Sedanfeiern vermutet wurden. Diese wurden aber, um Zusammenstöße zu verhindern, abgefragt. In der Reformschule wurde eine Versammlung von etwa 30 Schülern zur Abgabe etwaiger Waffen und zum Verlassen der Schule aufgefordert. Bei dem entstandenen Handgemenge fiel ein Schuß, durch den ein Bauarbeiter getroffen wurde, sodas er auf dem Transport nach dem Krankenhaus starb. Mehrere Schüler wurden mißhandelt und einer derart verletzt, daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte. An anderen Stellen verliefen die Zusammenstöße ohne schwerere Folgen. Die Polizei nahm eine Anzahl Verhaftungen vor.

Berlin, 3. Sept. Laut „D. Z. am Mittag“ drangen gestern abend Kommunisten in ein Lokal in Stralau-Kummelsburg ein, in der Mitglieder der Deutsch-Nationalen Volkspartei eine interne Sedanfeier veranstalteten, da die öffentlichen Feiern vom Berliner Polizeipräsidenten verboten waren. Dabei kam es zwischen beiden Parteien zu einer wüsten Schlägerei. Auch Schüsse fielen. 10 Personen wurden zum Teil schwer verwundet. Während die Kommunisten angaben, daß die Volksparteiler mit Schusswaffen versehen gewesen seien, behaupten diese das Gegenteil. Eine Untersuchung ist im Gange.

Eröffnung der Völkerbundsversammlung.

Genf, 5. Sept. Die zweite Tagung der Völkerbundsversammlung ist heute vormittag 11.30 Uhr vom Vorsitzenden des Völkerbundesrates Wellington-Koo-China eröffnet worden, der in seiner Begrüßungsansprache darauf hinwies, daß im letzten Jahre nur 41 Staaten an der Versammlung teilgenommen hatten, während diesmal 48 dem Bund angehörten. Der Völkerbund sei kein Ueberstaat, sondern eine Vereinigung der Völker, ein Mittel zur Milderung der Kriegsfolgen und ein praktisches Organ zur Führung der internationalen Geschäfte. Wellington-Koo hielt seine Rede in englischer Sprache und glaubte auf die Verlesung einer französischen Uebersetzung verzichten zu können, da eine solche den Mitgliedern bereits übergeben worden sei. Auf französischen Wunsch mußte aber die Uebersetzung in französischer Sprache verlesen werden. Auf den Vorschlag des Präsidenten vertagte sich die Versammlung auf heute nachmittag 4 Uhr, um die Wahl des Präsidenten und Vizepräsidenten vorzunehmen, nachdem sie vorher eine Kommission zur Prüfung der Vollmachten der Delegierten ernannt hatte. Dieser achtgliedrigen Kommission gehört auch der österreichische Delegierte Graf Weindorf an.

Der neue Präsident.

Genf, 5. Sept. Die Völkerbundsversammlung trat heute nachmittag kurz vor 4 Uhr zusammen. Die Kommission für die Prüfung der Vollmachten konnte ein Ergebnis ihrer Arbeiten noch nicht vorlegen, da verschiedene Delegierte noch keinerlei Vollmachten vorzeigen konnten. Die betreffenden Prüfungen werden auf die nächsten Tage verschoben. Man schritt hierauf zur Wahl des Präsidenten und des Vizepräsidenten. Dalfour-England schlug dabei van Karnebeck-Holland vor, Jonescu-Rumänien da Cunha-Brasilien, Restrepo-Kolumbien bekämpfte die Nominierung irgend welcher Kandidaten. Nach einer kurzen Debatte wurde beschlossen, sofort zur Wahl ohne Nominierung überzugehen. Bei der Abstimmung erhielten van Karnebeck 19, da Cunha 12 und Motta-Schweiz 4 Stimmen. Einige Stimmen waren zerplittert. Da niemand die absolute Mehrheit erzielt hatte, mußte zur zweiten Wahl geschritten werden. Bei der Wahl des Präsidenten der Völkerbundsversammlung im zweiten Wahlgang wurde van Karnebeck-Holland mit 22 Stimmen gewählt, während da Cunha 15 Stimmen und Motta-Schweiz 1 Stimme erhielten. Abgegeben waren 38 Stimmen, davon eine weiße. Das Ergebnis wurde mit lebhaftem Beifall begrüßt, woran sich die französische Delegation nicht beteiligte.

Genf, 5. Sept. Der neugewählte Präsident der zweiten Völkerbundsversammlung, Karnebeck-Holland, dankte in einer

Meinung befreit...
für die Lage in gang
zentrum gewesen sei.

Effes in Karlsbad.
kongress wurde gestern
Reorganisations, Sozial-
Sprache eröffnet. Sozial-
Nationalheims
Mandats über Palk
verpflichtet habe, dort
Der Weg zur Ver-
wer. Er erinnerte an
benotenden großen
Verhältnis zu den
besseres werden müsse.
Deklaration und die

Mertheinindustrie.
August bezeichnet die
Arbeitslose und Arz-
arbeitslos und 1543
Arbeitslosen entspricht beinahe
industrie insgesamt beschä-

Leipziger Prozess.
evan hielt heute bei der
f Romeny eine Rede, in
in Leipzig berührte, ins-
Stenger und den Wajer
in Interesse mehr dazu,
offen werden wird, aber
d ihren Verbrechen nicht
nationalen Gerichtsbarkeit
Nichter in Frankfurt.
Mitarbeiter begangen
in Romeny begangen
gebracht werden und in
offen, daß die Bestrafung
gen befähigt sein wird,
er fallen werden.

Frankreichs 1921.
trag die Kohlenförder-
21 13467 125 Tonnen,
die Preßkohlenprodukt

England.
hat ein Schreiben an
endigt die sofortigen
herangezogen mit
tslösen zu tun.

Doner Doa.
in Londoner Doa nicht
berling an.

Nordamerika.
des „Matin“ aus Lon-
neuen unter den Ein-
flüglern ausgegriffen,
wurden. — So geht
er vor!

**Wasser-
kosten.**

fer für die Lebenshal-
samt monatlich auf
gaben für Ernährung
festgestellt wird, ist von
1923 auf 1045 gestiegen.
Bormonat 8,6 Prozent,
7,7 Prozent. Im Ver-
April erreichten die
berichtsmonat die durch
Ausgaben um 18,4
die in der Mitte des
Indexziffer erst zu
g der Lebenshaltungs-
ganze Reihe von De-
Fett, Schweinefleisch,
he beigetragen. Bede-
s im Preise nachgelag-
monat innerhalb des

Witer in Köln.
durch das rheinisch-west-
wirtschaftsminister, von
den Klümen der Han-
sch führende Vertreter
tlich durch die Präsi-
der Industriellen des
als Kölner Großfirmen
erte der Handlung-
en, namens der Ge-
der demokratisch-repu-
n der Erwartung, daß
immer schwerer wahr-
gebiete nachdrücklich für
wirtschaftliche
Rede im Namen der

Reichsregierung gerne zu. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß
der Energie und der Initiative von Industrie und Handel,
von deren Wirksamkeit er auf seiner Reise so viele glänzende
Zeugnisse gesehen habe, gelingen werde, der derzeitigen schwe-
ren wirtschaftlichen Lage Herr zu werden. Die Reichsregie-
rung werde nichts unterlassen, um ihrerseits auf die Beseiti-
gung der Hemmungen hinzuwirken, unter denen zur Zeit das
besagte Gebiet zu leiden habe.

Eröffnung der Nordischen Woche in Lübeck.
Lübeck, 3. Sept. Die Nordische Woche wurde durch eine
große Festversammlung im Bürgerschaftssaal des Rathauses
eingeleitet. Hunderte füllten den großen Saal, darunter die
Gesandten von Dänemark, Schweden und Finnland, Vertreter
der Reichsregierung, des Reichsrats und der Regierungen der
Länder. Bürgermeister Dr. Naumann hielt die erste Begrü-
ßungsrede, worin er auf die mannigfachen wirtschaftlichen und
kulturellen Beziehungen zwischen den nordischen Ländern und
Lübeck hinwies. Die Nordische Woche solle ausschließlich der
Förderung jeglicher Friedensarbeit dienen. Senator Dr. Kall-
brenner hies die Vertreter der ausländischen Staaten, der
Reichsregierung und der Länder herzlich willkommen. Staats-
sekretär Lewald als Vertreter der Reichsregierung erklärte,
daß an diesem Werke der Kultur und der völkerverständlichen
Ideen die Reichsregierung freudigen Anteil nehme. So oft
die nordischen Völker mit den Deutschen die Klingen gekreuzt
hätten, niemals sei es ein Vernichtungskrieg geworden. Die
Völker lernten sich nur immer mehr gegenseitig achten. Der
dänische Gesandte Graf Moltke wünschte der Nordischen Woche,
an der die Regierung Dänemarks lebhaftes Interesse nehme,
vollen Erfolg. Der Geist der modernen Wirtschaft sei es, sich
an Wiederaufblühen des anderen zu erfreuen. Der schwedische
Gesandte Freiherr v. Hesen betonte, daß heute alle Bestre-
bungen doppelt zu begreifen seien, die wieder normale Zustände
zwischen den Völkern herbeiführen wollen. Der finnische Ge-
sandte Holma hob unter lebhaftem Beifall hervor, daß die
Hände, die Deutschland nach Finnland herübergereicht habe, in
diesem Lande niemals vergessen werden würde. Der Vertreter
des Reichsrats Minister Boden-Braunschweig, erklärte, daß
das neue Lübeck im Reichsrat den besten Klang habe. Weiter
sprach noch Ministerdirektor Frisch als Vertreter der preu-
ßischen Regierung und Dr. Pirer-Hamburg als Vertreter der
deutschen Presse, der besonders die nordischen Pressevertreter
begrißte. An diese offizielle Eröffnungsfeier schloß sich ein
Festbankett im Rathaus. Mittags wurde Johann die Mutter-
messe von Lübecks Handel und Industrie eröffnet. Das Aus-
stellungsgebäude erhebt sich unmittelbar hinter dem Hofstentor.

Lübeck, 4. Sept. Die Teilnehmer an der deutsch-nordischen
Pressekonferenz begaben sich gestern nachmittag auf dem finn-
ischen Dampfer „Holland“ nach Travemünde. Im Kurhausaal
betonte unter feierlichem Beifall Reichstagspräsident Lübe,
schon am zweiten Tage der Nordischen Woche könne festgestellt
werden, daß der Erfolg nicht mehr in Frage stehe. Hier sei die
Grundlage zu einer neuen Solidarität Deutschlands und des
Nordens gelegt worden. Gustav Richter vom Reichsverband
der deutschen Presse gab einen kurzen Überblick über die bis-
her geleistete Arbeit. Schon jetzt werde die Nordische Woche
als ständige Einrichtung gewünscht. Am Vormittag des dritte-
n Tages fanden Führungen durch Lübeck und eine Hafensahrt
der technisch und wirtschaftlich Interessierten statt.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 6. September 1921.

Der September.

Die Länge des Tages nimmt merklich ab, und die kühleren
Nächte werden immer häufiger. Das Getreide ist schon lange unter
Dach. Die Stoppelfelder werden gepflügt; von den Wiesen klingt
melodischer Herdenglockenklang. Die Kartoffelernte beginnt und der
Landmann fängt mit der Herbstsaat an. Wenn die Felder sich von
Pflug und Egge lösen, steht in den Gärten und in den Scheunen
reges Leben ein. Das Obst wird von den Bäumen geschüttelt. In
der Tenne saufen die Dreschflügel oder rattern die Dreismaschinen.
Auf den Telegraphendrähten sitzen die Schwalben und rufen sich zum
Abschied. Auf den Wiesen blühen die letzten Blumen, die Herbst-
zeitlosen. Treffen die Strichvögel zeitig ein, wird früh und streng
der Winter sein. Der Winter will noch einen sonnigen September,
abwischen mit Regen; Septemberregen ist für Saaten und Neben-
getreide; weniger erwünscht sind Septembergewitter; nach September-
gewittern wird man im Hornung vor Schnee und Kälte zittern!

Dienstnachricht.

Die Oberpostdirektion Stuttgart hat eine Postbetriebsassistenten-
stelle der Postamtsleiterin Sophie Bretschneider in Calw
übertragen.

Die Bedeutung der Landwirtschaftlichen Winterschule.

Man schreibt uns: Landau, landau ertönt der Ruf in land-
wirtschaftlichen Kreisen nach landwirtschaftlichen Winterschulen.
Eine jede Stadt läuft der anderen den Rang ab, um auch in
ihren Mauern eine Schule zu erhalten. Der Staat tut, was
in Anbetracht seiner finanziellen Lage möglich ist. So wurden
z. B. im Jahre 1920 drei neue Winterschulen errichtet: Horb,
Rohrheim, Calw. Im Jahre 1921 sieben weitere Schulen in
Künzelsau, Aalen, Mergentheim, Calbingen a. G., Waiblingen,
Göppingen und Wiberach, und immer neue Deputationen
von Städten belagern das Kultusministerium und die Würt-
tembergische Zentralstelle für die Landwirtschaft und erklären,
auf eigene Kosten landwirtschaftliche Winterschulen errichten
zu wollen. So hat erst in letzter Zeit die Stadt Gerabronn sich
bereit erklärt, mit einem Aufwand von 500 000 eine Schule
zu errichten. Auch unser schönes Schwarzwalddstädtchen Calw,
das schon längst durch seine vorzüglichen Schulen bekannt ist,
hat es sich nicht nehmen lassen, ein würdiges Heim in der
früheren Brauerei für die hiesige landwirtschaftliche Winters-
schule zu errichten. An den Landwirten der Oberämter Na-
bold, Calw, Reutenburg, für welche Oberämter diese Schule

Ämliche Bekanntmachungen.

Beit. Herstellung von Branntwein aus Obst u. Obstzeugnissen.

Es ist Anlaß gegeben, besonders darauf hinzuweisen, daß
Dörrobst unter das Verbot der Branntweinerzeugung fällt,
sofern es zum menschlichen Genuß tauglich ist und sich zur Her-
stellung von Marmelade eignet (§ 1 und 5 der Verfügung des
Ernährungsministeriums über das Verbot der Herstellung von
Branntwein aus Obst vom 8. September 1920, Staatsanzeiger
Nr. 205; Erlaß der Landesverordnungsstelle an die Oberämter
und das Stadtschultheißenamt Stuttgart vom 14. Juni 1921,
Nr. 1667).

Obst und Obstzeugnisse, welche nach Württemberg einge-
führt werden — sei es aus dem deutschen Reichsgebiet oder vom
Ausland — unterliegen bezüglich der Verarbeitung zu Brannt-
wein den gleichen Vorschriften, wie die einheimischen Erzeugnisse.
Zu den Gesuchen um Verarbeitung von Obst, Obstzeugnis-
sen und Rückständen von Obst zu Branntwein haben die Gesuch-
steller auf ihre Kosten Gutachten maßgebender Sachver-
ständiger beizubringen. Von diesem Verlangen kann ins-
besondere dann nicht abgegangen werden, wenn es sich um er-
hebliche Mengen handelt, namentlich bei Dörrobst, Obstmoß
und Obstweizen.

Bei dem in der neueren Zeit besonders stark zu Tage tre-
tenden Bestreben der Beteiligten, möglichst viel Obst und Obst-
zeugnisse der Verarbeitung zu Branntwein zuzuführen, er-
scheint eine scharfe Ueberwachung der Branntweinerzeugung
im volkswirtschaftlichen Interesse dringend geboten.

Die Oberämter und das Stadtschultheißenamt Stuttgart
werden daher angewiesen, alle Gesuche um Herstellung von
Branntwein aus Obst, Obstzeugnissen und Rückständen von
Obst sofort dem Landespolizeiamt, Abteilung Wucheramt, ab-
schriftlich mitzuteilen und zwar ohne Rücksicht darauf, ob diese
Gesuche genehmigt oder abgelehnt werden. Man h.

errichtet ist, stet es nun, dafür zu sorgen, daß die Schule auch
den nötigen Besuch erhält. Es sollte kein Vater versäumen,
seinem Jungen die so nötige theoretische Ausbildung zuzuführen
zu lassen. Wir müssen in den Ernährungsverhältnissen vor-
wärts kommen und unabhängig vom Ausland werden. Das ist
die erste Bedingung für den Wiederaufbau unseres Vaterlan-
des. Ein bis zwei Zentner Weizen pro Morgen mehr ge-
erntet, und das Gespenst des Hungers ist gebannt und Milli-
arden von Mark sind erpirt. Wie man das erreichen kann,
lehrt die landwirtschaftliche Winterschule. Deshalb heraus aus
den Stuben im Winter und hinein in die landwirtschaftliche
Winterschule, Calw, die am 3. November mit einem unteren
und oberen Kurs beginnt.

Ausfuhrverbot für Butter und Käse.

Es ist vielfach die Meinung verbreitet, daß in
Württemberg bestehende Ausfuhrverbot für Butter, Käse und
andere Milchzeugnisse sei mit dem 1. September ds. J. in
Wegfall gekommen. Demgegenüber wird darauf aufmerksam
gemacht, daß dieses Verbot mit Zustimmung des Reichsmini-
steriums für Ernährung und Landwirtschaft bis auf weiteres
in Geltung bleibe.

Verkehr mit Heu und Dohnd.

Die Anordnung, wonach zur Versendung von Heu und
Dohnd aller Art sowie von Stroh aus Württemberg die Ver-
bringung eines abgestempelten Frachtbrieves, soweit es sich um
Bahnbeförderung handelt, und hinsichtlich jeder anderen Art
der Beförderung ein Beförderungsschein erforderlich ist, ist nach
Anhörung berufener Vertreter der Landwirtschaft und mit
deren Einverständnis wieder aufgehoben worden.

Das Weizen von Saatgut.

Dem Weizen von Saatgut wird vielfach noch die nötige
Beachtung geschenkt. Auch im heurigen Jahr sind durch Brand
des Weizens wesentliche Ertragsausfälle entstanden. Das Er-
nährungsministerium weist deshalb auf die Notwendigkeit des
Weizens erneut hin und beauftragt die Oberämter und Ge-
meindebehörden, Einrichtungen für das Beizen des Saatguts
von Weizen und Dinkel zu treffen.

Kleine Anfrage zum Pensionergänzungsgesetz.

Die Abgg. Winkler und Pflüger (Soz.) haben zum Pen-
sionergänzungsgesetz für Körperverletzte eine Anfrage einge-
bracht, in der sie Auskunft erbitten, ob gemäß eines Beschlusses des
Landtags die früheren Beamten, Unterbeamten und deren Hinter-
bliebenen, auf die die Bestimmungen des Pensionergänzungsgesetzes
für Körperverletzte keine Anwendung fand, schon angemessene
Beihilfen (Gratualien) erhalten haben.

Das Besoldungsdienstalter der Verkehrsbeamten.

Gegenüber den Klagen über die Verzögerung der Neubere-
chnung des Besoldungsdienstalters der Verkehrsbeamten wird
amtlicherseits darauf hingewiesen, daß es sich dabei um eine
außerordentlich umfangreiche, zeitraubende und sehr verwick-
elte Arbeit handelt. 36 Beamte der Generaldirektion seien
mit der Neuberechnung des Besoldungsdienstalters beschäftigt.
Bis jetzt sei für 8 900 Beamte die Neuberechnung fertige-
gestellt und die Zahlung der sich ergebenden Mehrbeträge
verfügt worden. Eine weitere Beschleunigung dieser Arbeit
sei nicht möglich. Eine Zahlung von Vorzuschüssen läme nicht
in Frage. Für Beamte, die sich in einer Notlage befinden, sei
im Haushalt der Eisenbahnen jährlich 1 Million M für Unter-
stützungen ausgelegt.

Die Gehilfenfrage und die Ortsvorsteher.

Die Vereinigung württ. Ortsvorsteher hat über die Gehilfen-
haltung Richtlinien aufgestellt, wonach in Gemeinden bei 600 bis
800 Einwohnern, sofern der Ortsvorsteher auch die Rechnungs- und
Steuergeschäfte besorgt, ein Gehilfe für 3 Monate oder ein Beihilfe
gefordert werden kann, in Gemeinden von 800 bis 1000 Einwohnern
bez. bis 1400 und mehr Einwohnern, ein Gehilfe bis zu einem Jahr.
Von 2000 Einwohnern ab ist neben dem Gehilfen noch eine Schreib-
hilfe für das ganze Jahr nötig, von 3000 Einwohnern an noch ein
weiterer gehilfter Gehilfe oder besser ein weiterer Beamter.

Neuer Gütertarif.

Vom 1. Oktober ab wird der bayerisch-württembergische Güter-
tarif neu ausgegeben. Neben Frachtermäßigungen treten auch
Frachterhöhungen durch Einrechnung teilweise erhöhter Entfernun-
gen, sowie durch Aufhebung entbehrlicher Stationsfrachtsätze für
frische Fische in Wagenladungen und für frische Kutteln, ferner für
Holzflächmehl zu Streuzwecken von und nach Ulm ein. Der neue
Tarif ist von Mitte September an durch die Güterstellen zu beziehen.

Die Polizeistunde.

In einer weiteren Verfügung des Ministeriums des In-
nern wird darauf hingewiesen, daß die Ortspolizeibehörden nur
dann die Polizeistunde auf einen späteren Zeitpunkt als 11 Uhr
festsetzen sollen, wenn zwingende Rücksichten vorliegen. Von der
Ermächtigung zur Verlängerung der Polizeistunde darf nur ein
tunlichst sparsamer Gebrauch gemacht werden. Dabei wird den
Gemeinden gestattet, für die Verlängerung der Polizeistunde
Gebühren anzusetzen, die in großen Städten bis 300 M, in mitt-
leren bis 200 M und in den übrigen Gemeinden bis 100 M
betragen dürfen.

Die Wirte und die neue Polizeistunde.

Die Wirtzeitung schreibt: Wir sind vom Standpunkt des
Wirtsgewerbes über die neue Verfügung sehr erstaunt. Zum
allermeisten hätten wir erwartet, daß die Verfügung des
Ministeriums die Polizeistunde für ganz Württemberg einheit-
lich auf 12 Uhr festsetzt, wie dies in Preußen auch geschehen
ist. Der Landesverband der Wirte Württembergs hat dem Mi-
nisterium eingehend mündlich und schriftlich auseinanderge-
setzt, daß das Wirtsgewerbe auf die Dauer die Fesseln, die ihm
durch eine zu frühe Polizeistunde auferlegt wird, und die es
durch die ganze Kriegszeit hindurch bis zum Ueberdruß schlep-
pen mußte, nicht mehr ertragen kann, wenn es die Steuern
aufbringen soll, die dem Gewerbe in immer höherem Maße auf-
erlegt werden. Die 11-Uhr-Polizeistunde ist noch immer ein
Ueberbleibsel der Zwangswirtschaft und aus dieser Zwangs-
wirtschaft, die schon so viel Unheil angerichtet hat, müssen
wir unbedingt herauskommen, das sollte auch das Bestreben
der Behörden sein. Auf keinen Fall aber kann sich das würt-
tembergische Gastwirtsgewerbe gefallen lassen, daß es anders
behandelt wird als die Wirte im übrigen Reich. Jedenfalls
müssen die einzelnen Bezirksvereine alles daran setzen, von
ihrer Ortspolizeibehörde bezw. ihrem Gemeinderat eine Ver-
längerung der Polizeistunde bis 12 Uhr zu erreichen.

Wann wird eine Ware zollpflichtig?

Nach Paragr. 3 des Vereinszollgesetzes sind die aus dem
Ausland eingehenden Gegenstände zollfrei, soweit nicht der Zoll-
tarif einen Eingangszoll festsetzt. Nach Paragr. 1 des Zoll-
tarifgesetzes wird bei der Einfuhr von Waren Zoll nach Maß-
gabe des dem Gesetz beigelegten Zolltarifs erhoben. Danach
ist für die Frage der Zollpflichtigkeit einer Ware und der Zoll-
freiheit der Zeitpunkt des Eingangs der Ware aus dem Zoll-
ausland und der in diesem Zeitpunkt geltende Zolltarif ent-
scheidend. Nach Paragr. 21 und 22 des Vereinszollgesetzes ist
die Einfuhr einer aus dem Ausland eingetrossenen, zum Ver-
bleib im Zollinland bestimmten Ware mit dem Uebertritt
über die Zollgrenze beendet. Der Umstand, daß die mit der
Ueberschreitung über die Zollgrenze eingeführte Ware sofort
an der Grenze in den freien Verkehr tritt oder zunächst noch im
Gewahrsam der Zollbehörde bleibt und später erst zum freien
Verkehr abgefertigt wird, kann für die Tatsache der erfolgten
Einbringung nicht in Betracht kommen. Eine im Zeitpunkt
der Einfuhr nach dem Zolltarif nicht zollpflichtige Ware ist da-
her nach einem Entscheid des Reichsfinanzhofs zollfrei zu belaf-
sen und kann, wenn sie etwa zunächst beschlagnahmt ist, erst spä-
ter abgefertigt wird und zur Zeit der Abfertigung zollpflichtig
geworden ist, nachträglich nicht mit Zoll belegt werden.

Wetter für Mittwoch und Donnerstag.

Die Luftdruckverteilung ist im allgemeinen unverändert. Am
Mittwoch und Donnerstag ist zeitweilig bedecktes, aber vorwiegend
trübendes Wetter zu erwarten.

Kartenausstellung in Stuttgart.

(S. B.) Stuttgart, 1. Sept. Vom 12. September bis 9. Oktober
findet im Landesgewerbemuseum eine Ausstellung württ. Karten
statt durch das Statistische Landesamt. Die Ausstellung war bisher
in der Deutschen Bücherei in Leipzig. Es werden dabei Beispiele
von gedruckten und handgezeichneten Karten aus allen Gebieten der
Landeskunde, der Werdegang, die verschiedenen Reproduktionsverfah-
ren zur Vervielfältigung von Karten gezeigt, sowie ein Überblick
über die Geschichte der württembergischen Kartographie in den letzten
Jahrhunderten gegeben, gleichsam als Jubiläumsausstellung, denn
im November vor. 75. waren es hundert Jahre, daß das Statistisch-
topographische Institut (Statistisches Landesamt) in Württemberg
gegründet wurde. Die Anstalt ist in ihrer Art vorbildlich, kein Staat
der Erde besitzt eine derartig umfassende Anstalt.

Wittberg, 4. Sept. Heute vormittag von 11—12 Uhr fand auf
dem Marktplatz ein von der hiesigen Stadtkapelle veranstaltetes Pro-
menadenkonzert statt, das in jeder Hinsicht als gelungen bezeichnet
werden muß und der hiesigen Stadtkapelle alle Ehre macht. — Bei
der heute stattgefundenen Vorstellung der Kandidaten für die Stadt-
vorstandsstelle waren außer dem bereits zurückgetretenen Kandidaten
Reutlinger aus Waibldorf die beiden Kandidaten Funf und Spiel-
mann nicht erschienen. Die noch übrigen 8 Kandidaten erledigten
sich ihrer Aufgabe in wirklich sachlicher Weise. Wer von den Kan-
didaten am meisten Anklang gefunden hat, läßt sich noch nicht fest-
stellen, es wird das bis am nächsten Freitag stattfindende Wähler-
versammlung, bei der eine engere Wahl vorgenommen werden soll,
ergeben.

(S. B.) Ebershardt, O. A. Nagold, 4. Sept. Die 58 Jahre alte
Witwe Katharine Bauer wurde während der Feldarbeit durch einen
Schrotschuß, der von Jägern herrührte, nicht unerheblich verletzt.
Untersuchung ist eingeleitet.

(S. B.) Feuerbach, 3. Sept. Der Haushaltsplan der Stadt-
verwaltung für das Rechnungsjahr 1921 schließt bei 6 686 419 M
Einnahmen und 11 493 921 M Ausgaben mit einem Mangel von

5 907 610 M., der durch eine Gemeindeumlage auf Grund, Gebäude und Gewerbe in Höhe von 30 Prozent mit 5 148 540 M., sowie durch eine weitere Erhöhung des Gemeindeanteils an der Reichseinkommensteuer und den Zuschuß aus dem Staatsausgleichsfond mit zusammen 758 970 M. gedeckt werden soll. — Die Zahl der Wohnungsuchenden beträgt zurzeit 245. In diesem Jahr werden noch 76 Wohnungen beziehbar, von denen die Stadtgemeinde 32 Wohnungseinheiten mit einem Aufwand von 2 Millionen M. erstellt, außerdem zur Hebung der privaten Bautätigkeit an 27 Bauaufträge die Summe von 1,3 Millionen M. als Baukostenzuschuß aus Mitteln der Stadt bewilligt hat.

(StB.) Stuttgart, 1. Sept. Durch Beschluß der inneren Abteilung des Gemeinderats ist in letzter Zeit eine städtische Lichtbildstelle ins Leben gerufen worden. Sie hat die Aufgabe, für die Zwecke des Schulunterrichts und der freien Volkshilfe geeignete Lichtbilder (Glasklappen und Filme) aus allen Wissensgebieten zu sammeln und den Stuttgarter Schulen, in besonderen Fällen auch den Stuttgarter freien Volkshilfsbestrebungen zur Verfügung zu stellen. Verwalter der Lichtbildstelle ist Hauptlehrer Ziegler.

(StB.) Stuttgart, 3. Sept. Das Personal der Stuttgarter und Esslinger Straßenbahnen sowie der Silberbahn hat die Forderung nach einer weiteren Zulage von 500 M. im Monat, Erhöhung der Kinderzulagen von 20 auf 40 M. im Monat und Gleichstellung der ledigen Arbeiter mit 5jähriger Dienstzeit mit verheirateten ohne Kinder eingbracht. Die Verhandlungen mit der Direktion führten zu keiner Einigung. Der Schlichtungsausschuß fällt am Mittwoch einen Schiedspruch dahin, daß ab 1. September Stundenzuschläge von 70 Pfg. bis 1 Mark und die Kinderzulage um 15 M. erhöht werden muß. Tags darauf wurde in einer Vollversammlung des Personals der Schiedspruch einstimmig abgelehnt. Man hat demnach mit einem Streik der Straßenbahner zu rechnen.

(StB.) Laichingen, 4. Sept. Nach langer Pause ist das Barackenlager bei Felsbetten wieder militärisch belegt worden. Waren es vor wenigen Wochen noch erholungsbedürftige Angehörige von „Jungdeutschland“, die in einer Stärke von 250 Mitgliedern in einem Teil des Lagers gute Unterkunft und treffliche Verpflegung, verbunden mit körperlicher und geistiger Weiterbildung, gefunden hatten, so sind es nunmehr das 2. und 3. Bataillon des Inf.-Rgt. Nr. 13, eine Abteilung des Art.-Rgt. Nr. 5 und die angegliederte Minenwerfer-Abteilung, die auf die Dauer der größeren Übungen auf dem Schießplatz Münstingen von den zahlreichen Unterkunftsräumen Besitz ergriffen haben.

(StB.) Kirchheim u. T., 3. Sept. Aus feuchtpollentischen Gründen wurde die Abhaltung des Vieh- und Schweinemarkts am 5. September verboten.

(StB.) Dehringen, 3. Sept. Der Württ. Obstbauverein hält am Sonntag, den 18. September, hier seinen 9. Obsttag, mit dem eine Obstausstellung der Obstverwertungsgenossenschaft verbunden ist, ab. In der Hauptversammlung hält Verwaltungsdirektor Zipperle von hier einen Vortrag über zeitgemäßen Obstabsatz und seine Aussichten für die Zukunft. Ferner wird über das Vereinsorgan „Der Obstbau“ und dessen Verfassung beraten.

(StB.) Tettnang, 4. Sept. Wie vorauszusehen war, ist die 1921er Hopfernte, vom Jahr 1918 abgesehen, die kleinste seit den letzten Jahrzehnten. Wir haben somit die eigenartige Tatsache zu verzeichnen, daß wir vier der kleinsten Welternten nacheinander von 1918—1921, von denen allerdings der Jahrgang 1920 die verhältnismäßig beste mit ca. 1 120 000 Ztr. war, einbrachten. Das Jahr 1919 ergab rund ca. 790 000 Ztr., während die heutige 1921er Ernte auf 700—770 000 Ztr. geschätzt wird.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Seltmann, Calw. Druck und Verlag der U. Dellschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

Stadtgemeinde Calw.

Ingebrauchnahme von Familienwohnungen.

Die Vermietung von Familienwohnungen bedarf nach § 10 der Verfügung des Ministeriums des Innern über Bekämpfung der Wohnungsnot vom 29. August 1919 bis 1. März 1920 in Verbindung mit dem Gemeinderatsbeschluss vom 4. September 1919 der Genehmigung der Gemeindebehörde. Nicht genehmigte Verträge sind ungültig. Werden Familienwohnungen ohne Genehmigung der Gemeindebehörde in Gebrauch genommen, so haben die Beteiligten zwangsweise Räumung und Strafantrag an die Staatsanwaltschaft zu gewärtigen.

Das gleiche gilt für die Ingebrauchnahme von Familienwohnungen durch die privatrechtlich Berechtigten (Eigentümer usw.)

Calw, den 3. September 1921.

Stadtschultheißenamt: G ö h n e r.

Hiesau.

Lieferung und Beifuhr von 80 cbm Kalksteine

für unsere Ortswege Ottenbronner und Ernstmühler Straße. Schriftliche Angebote bis spätestens 10. ds. Mts. erbeten.

Gemeinderat.

Dr. Pfeilsticker

vom 7.—11. September 1921 verreist.

Dentist Kohler

hat seine Sprechstunden wieder aufgenommen.

Flachs u. Hanf

aller Art, in rohem wie in ausgearbeitetem Zustande wird in jeden Mengen von unterzeichneter Firma übernommen und auf Wunsch

gegen Gewebe und fertige Leinensätze umgetauscht.

Als Verkäufer für den Bezirk Calw ist Herr Otto Wendel, Leonberg, Fernsprecher Nr. 8, aufgestellt bei welchem Musterkarte eingesehen werden kann, und näheren Aufschluß erteilt.

Rohb & Schüle, A.-G. Urach, Flachs- und Hanfspinnerei.

Wegen Wegzug zu verkaufen:

1 fast neues Zimmerhochsosen 1.43 Mtr. hoch 45 cm breit mit Kupferblech und Rohr, 2 Heizungsboiler 1.14x0.94, 1.05x0.91 Meter hoch mit 2 Ventilen, 2 Heizschichten, 1 Winkel 1 Wasserwaage 70 cm l., 2 Firmenschilder für Neubauten passend, 1 Rasenmäschine.

Frau M. Fromme, Ernstmühl.

Fahrpläne für den Bezirk Calw erhältlich das Stück zu 50 Pf. in der Geschäftsst. ds. Blattes.

2,7 Milliarden Tabaksteuer!

Bestellen Sie heute schon Ihren Bedarf, da am 1. Oktober die hohe Tabaksteuer in Kraft tritt.

Des Tabaks, der schon riesig teuer, hart wieder eine neue Steuer, die ungefähr sich stellen mag auf 2,7 Milliarden Gesamtbetrag.

Von den Ermäßigungen allen, Drohen in Zukunft fortzufallen, die auf Zigaretten und Tabak nun wie auf Zigaretten ruhen.

Die Steuern, die zurzeit erfassen die obersten fünf Steuerklassen, Sie werden wie die untern zeigen ein gleich Verhältnismaß im Steigen.

Es ist fürwahr doch etwas stark: Die jetzt 1,8 Milliarden Mark Soll das Gewerbe sich aufschwingen auf fast das Doppelte zu bringen.

Davon 400 Millionen im Fortfall der Ermäßigung wohnen, Und weitere 400 ergibt die Hetze Aus der Erhöhung der Steuersätze.

Bei Zigaretten die Steuer am Ende Erhöhen sich soll um 50 Prozent, Indes beim Tabak — kaum zu sagen — Soll volle 100 sie betragen.

So geht es — es ist wirklich heiter — Mit der Besteuerung immer weiter, Ganz ohne Rücksicht auf die Kunde Daß rettungslos geht daran zugrunde Die Industrie, die einst mit Kraft Millionen hat Verdienst verschafft.

Ob sich, wenn das so weitergeht, Die Schraube doch nicht mal überdreht? Na, wie der Steuerfiskus will! Wenns nicht mehr geht, wir halten still.

Grosse Posten

Zigarren u. Zigaretten

von ersklassigen Fabriken sind auf Lager u. gibt zu Fabriklistenpreisen ab

ROBERT OTT, CALW

Tabakwarengroßhandlung :: Fernsprecher 133



Henko

Henkel's Wasch- und Bleich-Soda

unentbehrlich für Wäsche und Hausnutz
Hersteller: Henkel & Co. Düsseldorf

Gedenket der Not in Oberschlesien!

Eine Kuh und eine Kalbin,

hochträchtig, verkauft Wilhelm Dingler, Bahnhofstraße.

Einige Zentner Holzäpfel hat zu verkaufen.

Wer jagt die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Einen gutenhaltenen Rodhofen hat zu verkaufen.

Heinrich Gehring, Ostelsheim.

Einen noch gutenhaltenen Einspanner-Leiter-Wagen hat preiswert zu verkaufen

Mehger Stiefel, Oberkollbach.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Donnerstag, 8. Septbr. 1921, stattfindenden

Hochzeits-Feier

in das Gasthaus zum „Hirsch“ in Liebelsberg freundlichst einzuladen.

Fritz Funk, Bauer, Sohn der Barbara Braun, Witwe, Liebelsberg.

Marie Bäuerle, Tochter des Johann Georg Bäuerle, Neubulach.

Kirchgang um 11 Uhr in Neubulach.

Wir bitten, dies statt jeder besonderen Einladung entgegenzunehmen.

Lügenhardter Hof.

Setze einen 2 1/2 jährigen



Schwarz-Braun-Wallachen,

Kaffeeperd mit flotten Gang, vertraut und gut eingefahren weil überzählig dem Verkauf aus. G. Kopp.

F. K.

Donnerstag, 1/3 Uhr, im Kaffeehaus.

Wirtsverein Calw.

Morgen Mittwoch mittags 4 Uhr

Versammlung

bei Kollege Baur, z. Abt. Wegen wichtiger Besprechung ist zahlreich Ergehen notwendig. Der Vorstand.

Geld-Gesuch.

6000 Mark

von jüngerem Geschäftsmann zur Erweiterung seines Betriebs auf einige Jahre ges. Sicherheit von Selbstgebern sofort gesucht.

Gest. Angebote unter J. R. 207 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Fleißiges, 16—18 jähriges

Mädchen,

als Beihilfe in der Küche, bis 15. Septbr. nach Stuttgart gesucht.

Zu erfragen bei Wöhner, Calw, Vorstadt 31.

Pünktliche, ehrliche

Lauffrau

für ein paar Stunden im Tag gesucht. Näheres in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

Kleines

Kinderkorbwägle hat zu verkaufen. Wer jagt die Geschäftsstelle ds. Blattes.

Geschäftshaus gleich welcher Branche

gutgehend und ertragsbringend in Stadt oder Land, gegen hohe Anzahlung zu kaufen gesucht. Angebote unter E. S. 183 an die Geschäftsstelle ds. Blattes.

Pfannkuch & Co.

Schweine-Schmalz

garantiert rein
Pfund 14.—
Mk.

Eftol und Balmin

Tafel 13.50
Mk.

Speisefett

Pfund 9.—
Mk.

Berplex-Margarine

1-Pfund-Würfel 15.—

Trumpf-Margarine

1-Pfund-Würfel 12.—

Pfannkuch & Co. G. m. b. H.